

Eine andere Welt bleibt möglich:

Dem drohenden Sozialabbau in der Krise entgegentreten



Inhalt



Mit dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers vor mehr als einem Jahr hat sich die Immobilienkrise in den USA zur größten globalen Finanz- und Wirtschaftskrise seit 1929 entwickelt. Regierungen haben hunderte Milliarden Euro bereit gestellt, um marode Banken zu stützen und ihre eigenen Ökonomien vor dem Kollaps zu bewahren – ohne die Ursachen der Krise direkt angehen zu müssen. Während die G20 mit geschickter Rhetorik den Eindruck erwecken, dass sie sich für eine Re-Regulierung der Finanzmärkte einsetzen, ist das Kasino längst wieder eröffnet, wird im alten Rahmen weiter spekuliert.

Attac hat diese Entwicklung nicht nur vorausgesehen, sondern fordert auch seit langem, die Finanzmärkte zu regulieren und den Prozess des Alles-zur-Ware-Machens, die so genannte Kommodifizierung, umzukehren. Es geht darum, das Soziale zu retten und den Finanzmärkten Kapital zu entziehen. Die beiden Attac-Slogans „Finanzmärkte entwaffnen!“ und „Die Welt ist keine Ware!“ gehören untrennbar zusammen. Unsere Forderungen nach Besteuerung von Finanztransaktionen (Tobin Tax) und nach Schließung der Steueroasen haben in den 10 Jahren des Bestehens von Attac nichts an Aktualität verloren. Hier könnten sich angesichts der Krise auf den Finanzmärkten ungewohnte Bündnisse auftun.

Bekannt wurde Attac aber auch mit der Behauptung, eine andere Welt sei möglich. In der Krise jedoch, als viele plötzlich die Fragwürdigkeit des Kapitalismus realisierten und sich fragten, was stattdessen kommen könnte, erschien das Versprechen der Möglichkeit einer anderen Welt seltsam leer. Denn neben einzelnen alternativen Handlungsvorschlägen braucht es eine umfassende Perspektive, die eine andere Gesellschaft vorstellbar werden lassen kann. Kurz: Es bedarf utopischer Vorstellungen, um Menschen zu gewinnen.

Gerade weil in den kommenden Jahren – zumal unter einer schwarz-gelben Bundesregierung – schwierige Abwehrkämpfe gegen einen sich noch verschärfenden Sozialabbau zu erwarten sind, ist es an der Zeit, die Konturen dieser anderen möglichen Gesellschaft zu zeichnen. Einer Gesellschaft, die nicht mehr Profit, Wachstum, Leistung und Konkurrenz in den Mittelpunkt stellt, sondern die Bedürfnisse der Menschen. Einer Gesellschaft, die auf Kooperation und Solidarität basiert, um zu erfüllenderen Arbeits- und Lebensverhältnissen zu finden.

Bei Attac engagierte Menschen arbeiten zur Zeit an einer Vielzahl von Projekten für die kommenden Monate: Dazu gehören Aktivitäten gegen Public Private Partnerships (PPP), Proteste gegen die WTO-Ministerkonferenz Ende November in Genf und beim Klimagipfel im Dezember in Kopenhagen, ein Bankentribunal sowie eine Kampagne, die Belegschaften dabei unterstützt, ihren Betrieb in der Krise selbst zu übernehmen. Angesichts des gegenwärtigen Krisenmanagements und der zu erwartenden Zumutungen der neuen Regierung ist Druck auf der Straße bald nötig. Um Energien für eine solidarische Transformation freizusetzen, müssen diese Proteste mit der Suche nach positiven und umfassenden Perspektiven für eine Veränderung der Gesellschaft verbunden werden.

Brigitte Oehrlein

1 EUR 50

Nach der Bundestagswahl 2009

Bündnisse gegen scharfe soziale Eingriffe werden einfacher

Foto: Attac Vogtland



Das schlechte Abschneiden der SPD bei der Bundestagswahl am 27. September hat den Weg für eine schwarz-gelbe Koalition frei gemacht. Was bedeutet das für die Arbeit von Attac und welche Probleme und Chancen ergeben sich aus diesem Wahlergebnis für die globalisierungskritische Bewegung? Erste Einschätzungen von Attac-Mitbegründer Werner Rätz (PG Krisen) und Steffen Stierle (KoKreis):

Ist das Fenster der Möglichkeiten, das sich mit der Finanzkrise geöffnet hatte, bereits wieder zugegangen?

Steffen: Was sich jetzt wieder zu schließen scheint, ist ein Window of Opportunity für eine neue Finanzmarktarchitektur. Ein Fenster für wirtschaftspolitische und für gesellschaftliche Veränderungsprozesse kann sich erst öffnen, wenn die sozialen Folgen der Krise deutlich in der Gesellschaft ankommen. Das steht noch aus.
Werner: Das sehe ich ähnlich.

Was kommt mit Schwarz-Gelb auf uns zu?

Werner: Die FDP wird eine harte neoliberale Politik verlangen, auch die Wähler, die von der CDU zur FDP gegangen sind, stehen dafür. Die CDU kann aber die Landtagswahlen im Mai in Nordrhein-Westfalen nicht gewinnen, wenn im Bund eine starke antisoziale Politik gemacht wird. Was bei der Abwägung herauskommt, wo wie schnell Sozialabbau betrieben wird, ist schwer einschätzbar.
Steffen: Schwarz-Gelb will die Krise durch quantitatives Wachstum überwinden. Das bedeutet eine Politik im Interesse der Konzerne – auf Kosten von ArbeitnehmerInnen, TransferempfängerInnen und der Umwelt. Über Details möchte ich nicht spekulieren. Dass die FDP gestärkt in die Koalitionsverhandlungen geht, verheißt jedenfalls nichts Gutes.

Was bedeutet das Wahlergebnis für die sozialen Bewegungen, für Attac?

Werner: Es wird einfacher, Bündnisse gegen scharfe soziale Eingriffe zu organisieren, weil die SPD nicht mehr in der Regierung ist. Gewerkschaften, manche NGOs und ein großer Teil der Kirchen fühlen sich da dann nicht mehr zur Rücksichtnahme verpflichtet. Gleichzeitig werden aber die Illusionen über die SPD als möglichen Partner wieder stärker werden, was ich für hochgefährlich halte. Die SPD ist eine neoliberale Partei.
Steffen: Mit der neuen Regierung hat die außerparlamentarische Linke den gemeinsamen Gegner wieder gefunden, der ihr mit der Totsagung des Neoliberalismus verloren ging. Die klaren Fronten bieten daher eine Chance, weil viele AkteurInnen jetzt eindeutig oppositionell auftreten können. Unsicher bin ich, ob die Opposition für die SPD nicht doch eine Chance ist, sich wieder zu sozialdemokratisieren. Dann könnte auch auf parlamentarischer Ebene wieder linke Politik möglich werden.

Werden die sozialen Bewegungen – nach zehn Jahren Kampf gegen das neoliberale Politikmodell – genug Energie für die anstehenden Auseinandersetzungen haben?

Steffen: Das wird die entscheidende Frage sein. Ich habe nie die These geteilt, dass wir den Neoliberalismus überwunden hätten. Wir hatten ein kurzes keynesianisches Intermezzo. Ich zweifle wenig daran, dass uns erneut ein Alternativlosigkeits-Diskurs ins Haus steht, aus dem ein gestärkter Neoliberalismus hervorgeht.

Welche Themen muss Attac künftig in den Vordergrund stellen?

Werner: Es wird ein Problem mit den Arbeitsplätzen geben. Die staatlichen Schulden sind so gewachsen, dass jede Regierung reagieren muss. Es wird soziale Eingriffe geben. Unsere Antworten sind nach wie vor richtig: Regulierung ist dringend notwendig. Aber sie reicht nicht. Wir müssen den Finanzmärkten das Geld entziehen und in den sozialen Bereich stecken. Diese Position zu einem Teil des breiten Diskurses zu machen, daran werden wir hart arbeiten müssen.

Steffen: Auch das ökologische Profil von Attac wird eine wichtige Rolle spielen. Das quantitative Wachstumsmodell wird enorm fokussiert werden, die ökologischen Kapazitäten werden an ihre Grenzen stoßen.

Soziales, im nationalen Rahmen, und Ökologie sind die Attac-Themen der Zukunft?

Werner: Nicht nur. Ernsthafte Umverteilungsmaßnahmen von Nord nach Süd – mindestens zur Beseitigung des Hungers – sind der allererste notwendige Schritt.

Wo seht Ihr BündnispartnerInnen? Hoffen wir weiter auf die Gewerkschaften?

Steffen: Unter anderem, ja. Es geht jetzt darum, ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis zu organisieren. Gegen Schwarz-Gelb ist das möglich. Nur mit einem wirklich breiten Protestbündnis wird starker Druck auf die Regierung möglich sein.
Werner: Unsere bündnispolitische Situation wird sich zunächst nicht deutlich ändern. Einige potenzielle PartnerInnen werden sich ohne die SPD in der Regierung etwas leichter tun. Trotzdem sind wir darauf angewiesen, dass sich neue gesellschaftliche Sektoren in Bewegung setzen. Es gibt beim Thema Bildung hoffnungsvolle Ansätze. Auch in den Kommunen könnte sich was tun, wenn dort die soziale Infrastruktur beschnitten wird. Womöglich müssen wir auch ein paar Jahre warten. Aber auf Dauer bleiben die Dinge nie starr.



Steffen: Wenn die Krise härter auf den Arbeitsmarkt und die soziale Ebene durchschlägt, wird die Armut drastisch steigen. Dann kann es zu einer umfassenden gesellschaftlichen Bewegung kommen. Oder es kommt zu einer tiefen Frustration von sozial ausgeschlossenen Menschen. In welche Richtung es geht – das wird entscheidend sein.

Interview: **Frauke Distelrath**

Change Trade, not our Climate!

Countdown zur 7. WTO-Ministerkonferenz vom 30. November bis 2. Dezember 2009 in Genf

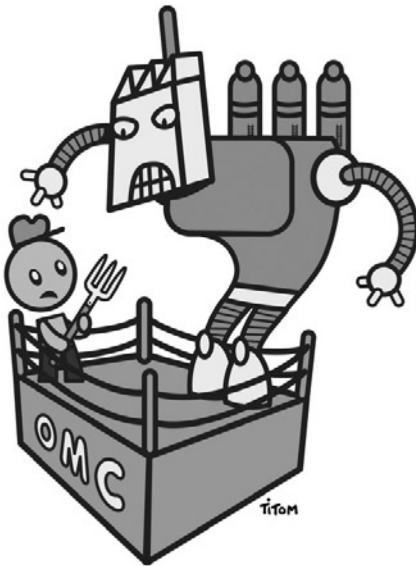


Illustration: Titom (OMC franz. für WTO)

Vier Jahre nach der letzten WTO-Ministerkonferenz in Hong Kong und exakt zehn Jahre nach der „Battle of Seattle" findet die 7. WTO-Ministerkonferenz vom 30. November bis zum 2. Dezember 2009 in Genf – dem Sitz der WTO – statt. Zeit zum Bilanz ziehen, aber auch sich die Frage zu stellen, was möglicherweise in Genf passieren wird.

Die globalisierungskritische Bewegung kann auf zehn Jahre erfolgreiche Mobilisierung gegen die Ausweitung der Freihandelsagenda zurückblicken. Der Startschuss einer neuen Welthandelsrunde 2001 in Doha/Quatar, rund zwei Monate nach den Anschlägen auf die Twin Towers, konnte zwar nicht verhindert werden. Aber die weltweite Mobilisierung und die Entwicklung von kreativen Strategien seitens sozialer Bewegungen und zivilgesellschaftlicher Organisationen innerhalb des „Our World is not for Sale"-Netzwerkes (www.ourworldisnotforsale.org) hat dazu geführt, dass die „Doha-Runde" noch immer nicht abgeschlossen ist. Auch neue Allianzen zwischen den aufstrebenden Wirtschaftsmächten des globalen Südens, allen voran Brasilien, Indien und China, welche innerhalb der WTO-Verhandlungen die Kräfteverhältnisse verschoben haben, waren ein zentraler Faktor für das Stocken der Verhandlungen. Entgegen der vorangegangenen Praxis konnten die Industrieländer, insbesondere die USA und die EU, ein Abkommen gegen die Interessen der WTO-Mitglieder des globalen Südens nicht mehr durchsetzen.

Die Verhandlungen standen seit gut einem Jahr still, nachdem diese einmal mehr wegen der überzogenen Forderungen der USA abgebrochen wurden. Mitte Mai 2009 gab der WTO-Generaldirektor Pascal Lamy (vormals EU-Außenhandelskommissar) bekannt, Ende November 2009 ein WTO-Ministertreffen in Genf abzuhalten. Lamy versucht die Relevanz dieses Ministertreffens in Hinblick auf einen möglichen Abschluss der Doha-Runde zu minimieren. Vielmehr weist er in der öffentlichen Kommunikation darauf hin, dass ein WTO-Ministertreffen aus rein formalen Gründen längst ansteht. Laut WTO-Regeln müssen solche Treffen alle zwei Jahre stattfinden, seit Hong Kong 2005 gab es jedoch keins mehr.

Inwieweit bei dem kommenden WTO-Ministertreffen tatsächlich wesentliche Fortschritte in Richtung eines Abschlusses der Doha-Runde erzielt werden können oder nicht, ist derzeit noch schwer abschätzbar. Das Ziel, die Doha-Runde 2010 zum Abschluss zu bringen, wurde nie aufgegeben, auch wenn die konkreten Verhandlungen in Genf nach mehr als einem Jahr Unterbrechung gerade erst wieder aufgenommen wurden.

Die Rolle und Relevanz dieses WTO-Ministertreffens wird vielmehr auf einer politischen Ebene liegen. Seit dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise wird Pascal Lamy nicht müde, den Abschluss der WTO-Doha-Runde bzw. eine Ausweitung des Freihandelsregimes als Mittel zur Lösung aller Krisen zu promoten. Dabei gerät das Freihandelsregime immer mehr in die Schusslinie. Die negativen Auswirkungen des aktuellen Handels- und Investitionsregimes werden zunehmend sichtbar, nun auch im globalen Norden. Mit dem Wegfall der kreditfinanzierten Nachfrage der US-KonsumentInnen sanken unmittelbar die Exportaufträge europäischer, chinesischer und anderer Unternehmen. Die enorme Abhängigkeit von Arbeitsplätzen und Einkommen von einer nicht kontrollierbaren Nachfrage auf einem anonymen globalen Markt lässt immer mehr Menschen dieses System in Frage stellen. Das Modell einer globalen Arbeitsteilung, wie es mit dem Freihandelssystem vorangetrieben wird, kommt jedoch auch wegen des Klimawandels unter Druck. Denn es beruht auf einem enormen Bedarf an Energie für Transportmittel und trägt somit zentral zum Klimawandel bei. Dieses Modell geht von der Existenz unbegrenzter Energie- und Naturresourcen aus.

Vor dem Hintergrund dieser Dynamiken versuchen Pascal Lamy und all jene Kräfte, die ein Interesse am Festhalten bzw. am Ausbau des aktuellen Freihandelsregimes haben, die WTO bzw. die Beibehaltung und den Ausbau des Freihandelsregimes als eine der zentralen Lösungen für die verschiedenen Krisen zu etablieren. Die politische Relevanz des kommenden WTO-Ministertreffens in Genf wird im Versuch bestehen, die „Vorherrschaft" des Handelsregimes und multilateraler Regeln über andere multilaterale Abkommen wie die zum Klimawandel festzuschreiben. Es ist kein Zufall, dass die WTO-Ministerkonferenz kurz vor der UN-Konferenz zum Klimawandel in Kopenhagen stattfindet.

Seitens der globalisierungskritischen Bewegung und insbesondere innerhalb des „Our World is not for Sale"-Netzwerkes laufen die Vorbereitungen für die Mobilisierung. Ein zentraler Slogan für die Mobilisierung in Genf wird „Change Trade, not our Climate!" sein.

Alexandra Strickner ist Vorstandsmitglied von Attac Österreich.



Infos und Kontakte für Gruppen, die rund um die WTO-Ministerkonferenz mobilisieren wollen:

OWINFS-Sign on statment – Global Turn Around:
www.ourworldisnotforsale.org/en/signon/global-turn-around

Attac Deutschland: Johannes Lauterbach:
JohannesLauterbach@gmx.net
Attac Österreich: Alexandra Strickner:
alexandra.strickner@attac.at

Europäisch und global – gemeinsam erreichen wir mehr!

Europäisches Attac-AktivistInnen-Treffen in Paris



Rund 250 Aktivistinnen und Aktivisten aus 18 Ländern haben sich vom 18. bis 20. September auf Einladung von Attac Frankreich in der Universität Paris-Nanterre getroffen. Nach der Europäischen Attac-Sommeruniversität im August 2008 war das bereits das zweite europaweite Treffen. Die Themenspanne der Workshops war ebenso weit gespannt wie die Herkunft der TeilnehmerInnen: Attacies aus Island, Schweden, Finnland, Norwegen, Polen, Ungarn, Deutschland, den Niederlanden, Irland, Belgien, Luxemburg, Österreich, der Schweiz, Italien, Frankreich, Spanien, Marokko und Togo haben drei Tage lang miteinander diskutiert, sich vernetzt und Aktivitäten für die nächsten internationalen Termine geplant.

Es gab Workshops und Diskussionsprozesse zu den Themen Globale Krise, Freihandel, Klimawandel, Agrarpolitik der EU, Wasser als Gemeingut, Arbeit und Beschäftigung, Migration, Geschlecht und Globalisierung, Lissabon-Vertrag und irisches Nein sowie zu der zunehmenden Privatisierung öffentlicher Dienste und Güter, der Entwicklung von gemeinsamen Attac-Strategien und der Verbesserung unserer internationalen Kommunikation. Außerdem stand ein Treffen des europäischen Attac-Jugendnetzwerks auf dem Plan.

In der Debatte zur globalen Krise wurde klar, dass es zwar Unterschiede in der Analyse gibt – die Forderung nach demokratischer Kontrolle und Mitbestimmung aber gemeinsam verschärft werden muss. Susan George, WTO-Kritikerin der ersten Stunde und Mitbegründerin von Attac Frankreich, meinte, „die Rolle und die Forderungen von Attac sind jetzt sogar noch wichtiger als vor der Krise". Im öffentlichen Diskurs wird zwar über globale Besteuerung geredet, das ist aber vermutlich nur Rhetorik vor der Wahl oder zur allgemeinen Befriedung. Deshalb ist es wichtig, öffentlichen Druck zu erzeugen und sämtliche Möglichkeiten einer kreativen und deutlichen Einmischung zu nutzen. Unsere Forderungen, dass diejenigen für die Kosten der Krise aufkommen, die in den vergangenen Jahren auf den Finanzmärkten hohe Profite gemacht haben, sind wichtiger denn je – ein Zurück zum ‚business as usual' kann es nicht geben. Verabredet wurde, dass das in Frankfurt am Main geplante Bankentribunal im nächsten Jahr mit Beteiligung weiterer Attacies stattfinden könnte. Die europäische Netzwerkarbeit von Attac soll intensiviert werden: bei gemeinsamen Aktionen, Bündnissen und Protesten.



Samir, Attac Togo: „Ich bin hier, weil ich von der Attac-Arbeit in Europa profitieren kann: Ich nehme Expertise und Analysen zur Krise mit nach Afrika und knüpfe Netzwerke."



Marte, Attac Brüssel: „Ich bin seit sechs Jahren bei Attac aktiv, hatte aber nie Kontakt zu Aktivisten aus anderen Ländern. Jetzt freue ich mich, hier so viel von der Arbeit in anderen Ländern mitzukriegen."

Ja zur EU – Nein zum Vertrag von Lissabon!
Mark Walshe von der irischen „No Means No"-Kampagne unterstrich, wie wichtig es ist, die irische Bevölkerung bei ihrem „Nein" zu bekräftigen und die Mobilisierung in den letzten Wochen bis zum 2. Oktober zu unterstützen.

Der Frühjahrsgipfel der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union im März 2010 wird der Gipfel des zehnten Jahrestags der Lissabon-Strategie sein. Einige Workshops haben sich zu diesem Gipfel ausgetauscht. Im Workshop zu „Hochschule und Forschung" wurden die Erfahrungen der vielfältigen Proteste von SchülerInnen, Studierenden und WissenschaftlerInnen zusammengetragen und die Mitarbeit an einem Gegengipfel beschlossen: gegen die Vermarktung und Kommerzialisierung von Bildung und Wissenschaft – für einen öffentlichen und emanzipatorischen Bildungs- und Forschungssektor.

Weitere wichtige Daten und Themen für Proteste auf europäischer Ebene sind das WTO-Ministertreffen in Genf vom 30. November bis 2. Dezember und der Klimagipfel vom 7. bis 18. Dezember 2009 in Kopenhagen.
Wer mehr über das Treffen und die Ergebnisse der einzelnen Workshops wissen möchte, findet die Zusammenfassungen auf der internationalen Attac-Website:
www.attac.org

Johanna Schreiber



Für ein ganz anderes Klima!

Attac mobilisiert zum Klimagipfel nach Kopenhagen

Während Ministerin Schmidt ihrem Dienstwagen ein paar Tage Urlaub gönnte und damit die Medienlandschaft für Wochen bestimmen durfte, trafen sich im August, von der Öffentlichkeit ganz unbemerkt, Diplomaten aus 192 Ländern in Bonn und verhandelten über die Zukunft des Weltklimas. Eigentlich sollten die Vorbereitungen für den Kopenhagen-Gipfel längst in der heißen Phase sein. Weil die Verhandlungen aber nicht voran kamen, versank der Klimaschutz aber im Sommerloch. Dass dies so war, hat zwei Gründe: die Auseinandersetzungen über Klimagerechtigkeit und die Klimaheuchelei der Industrieländer.

Gegen Klima-Ungerechtigkeit ...

Die Industrieländer verursachen einen Großteil der Schadstoffe, die Folgen der Klimaerwärmung aber treffen vor allem die armen Länder. Dort werden Kleinbauern un ihre Ernten gebracht, Herden verdursten und Slumbewohner sind durch Hochwasser bedroht. Das Klimachaos ist Teil der globalen Ungerechtigkeit. Der Norden macht nun einerseits für das Kyoto- Nachfolgeabkommen zur Bedingung, dass auch der Süden seinen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Andererseits ist er nicht bereit, die ökologischen Schulden von über zweihundert Jahren Industrialisierung abzuzahlen. Das sind zum Beispiel die Kosten für Erneuerbare Energien im Süden. Und allein die Finanzierung der Anpassung dort an Dürren und Überflutungen kostet nach UN-Berechnungen bis zu 170 Milliarden US-Dollar jährlich. Die Industrieländer bieten momentan lächerliche ein bis zwei Milliarden US-Dollar. So wird es kein sinnvolles Abkommen geben.

... Klimaheuchelei und falsche Lösungen

Ein Klimaabkommen müsste, um zu wirken, für die Industrieländer eine Reduzierung der Treibhausgase von 40 Prozent bis 2020 und 80 bis 90 Prozent bis 2050 (gegenüber 1990) vorschreiben. Die Industrieländer überbieten sich aber im Wettbewerb um den geringsten Klimaschutz. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat das Maßnahmenpaket des Möchtegern-Vorreiters Bundesrepublik ziemlich aufgeweicht. Und selbst Obama kommt ins Schwitzen bei dem Versuch, auch nur 5 Prozent Reduktion der Treibhausgase (gegenüber 1990) zu erreichen. Faktisch stieg die globale CO2-Emission trotz aller Abkommen weiter an.

Außerdem weisen die bisherigen Klimaverhandlungen grundlegende Konstruktionsfehler auf. Um die Emissionsziele wird willkürlich gepokert, der Verstoß gegen diese Ziele führt aber nicht zu Sanktionen. Durch den Emissionshandel und ähnliche reine Marktmechanismen bekommt die Finanzwirtschaft großartige Möglichkeiten zur Spekulation. Und „falschen Lösungen" wird Tür und Tor geöffnet. So wollen viele Regierungen ihre Verpflichtungen mit Agrotreibstoffen erfüllen, mit Atomkraft, Eukalyptusplantagen in Entwicklungsländern oder CO2-Verklappung im Boden. Mit Klimaschutz hat das alles wenig zu tun.

Für ein ganz anderes Klimaabkommen!

Attac fordert deswegen ein ganz anderes Abkommen. Klimaschulden müssen von den Profiteuren der fossilen Wirtschaft bezahlt werden. Die riesigen Konjunkturpakete dürfen nur in den sozial-ökologischen Umbau der Weltwirtschaft investiert werden. Und weltweit muss der Umstieg auf Erneuerbare Energien so schnell wie möglich vollzogen werden. Fossile Energieträger müssen im Boden bleiben, Kraftwerksneubauten verboten werden. Statt ergebnislosem Klimapoker um Zahlen und Marktmechanismen muss all dies in Kopenhagen verbindlich beschlossen werden.





Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, mobilisiert die Attac-AG Energie, Klima, Umwelt nach Kopenhagen. Sie beteiligt sich an den vielfältigen Protestaktivitäten wie dem Gegengipfel (7. bis 20. Dezember), und der Großdemonstration (12. Dezember) in Kopenhagen. Außerdem werden während der Gipfeltage viele weitere kreative und nachdrückliche Aktionen stattfinden. Die AG EKU und viele Ortsgruppen organisieren dafür Busse nach Kopenhagen. Mit Kopenhagen-Flyer und Mobilisierungspostkarten (aus dem Webshop) könnt Ihr vor Ort für Kopenhagen die Werbetrommel rühren. Mehr dazu gibt es auf den Seiten der AG: www.attac-netzwerk.de/ag-eku

Wir sehen uns in Kopenhagen!

Eberhard Heise, Chris Methmann
(AG Energie, Klima, Umwelt)



Rückblick:

4. bis 9. August 2009

Sommerakademie und Ratschlag in Karlsruhe



Foto: Fiona Krakenbürger

Strahlende Sonne und spannende Diskussionen – was will man mehr? Unter dem Motto „Aufbruch! Mit Wissen, Witz und Widerstand“ finden sich 700 GlobalisierungskritikerInnen zur achten Attac-Sommerakademie in Karlsruhe ein. Im Mittelpunkt stehen die Folgen der globalen Finanzkrise und Wege zu einer anderen Wirtschaftsweise. Beim anschließenden Ratschlag werden die Aktivitäten der kommenden Monate festgeklopft: Einmischung in den Wahlkampf unter dem Motto „Karten auf den Tisch!“, Widerstand gegen den fortschreitenden Ausverkauf öffentlichen Eigentums, öffentlichkeitswirksame Aktionen zum G20-Gipfel und die Mobilisierung zum Klimagipfel im Dezember in Kopenhagen.

8. August 2009

Aktion „Ablenkung vor der Wahl – Sozialabbau danach?“



Fotos: Fiona Krakenbürger



Schluss mit Scheindebatten über Dienstwagenaffairen und Stammbäume von Ministern! Mit der Aktion „Karten auf den Tisch!“ in der Karlsruher Innenstadt fordern die TeilnehmerInnen der Sommerakademie klare Aussagen von den Parteien, wie sie nach der Bundestagswahl mit den Folgen der Wirtschaftskrise umzugehen gedenken. Aufgebrachte BürgerInnen (dargestellt von Attac-AktivistInnen) drängen einen Worthülsen von sich gebenden Politiker (ebenfalls ein Aktivist) samt seiner (echten!) Stretchlimousine lautstark vom Karlsruher Marktplatz.

20. August 2009

Überraschender Protest im HRE-Ausschuss



Noch vor seinem Abschluss steht fest: Der Bundestags-Untersuchungsausschuss zur Hypo Real Estate ist gescheitert. Mit ihrer Geheimhaltungspolitik hat die Bundesregierung den Parlamentariern jede Chance genommen zu beurteilen, ob die Rettung der HRE mit 100 Milliarden Euro Steuergeld wirklich unumgänglich war. Mit einem gelungenen Coup bringt Attac seine Kritik auf den Punkt: Überraschend entrollen vier AktivistInnen ein Banner mit der Forderung „HRE-Akten offen legen – Banken zur Kasse!“ von der Zuschauertribüne des Ausschusses – just als die Zeugenanhörung von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück beginnt.

5. September 2009

Mal richtig abschalten! Anti-Atom-Demo mit großem Attac-Block

Bei der Atomkraft ist es wie bei den Finanzmärkten: Wenige machen gigantische Gewinne, das Risiko und die Folgeschäden trägt die Allgemeinheit. Bei der Anti-Atom-Demo in Berlin unter dem Motto „Mal richtig abschalten!“ ist auch ein großer Attac-Block mit von der Partie. Attac fordert den schnellst möglichen Atomausstieg und tritt dafür ein, dass die Energiekonzerne die wahren Kosten der Atomenergieerzeugung selbst zahlen. Notwendig ist ein konsequenter und dezentraler Ausbau erneuerbarer Energien.

11. September 2009

Attac-Gründungsforderung in Bundesregierung angekommen

Na, geht doch: Fast ein Jahr nach der Eskalation der Finanzkrise greifen Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier und Bundesfinanzminister Peer Steinbrück die elf Jahre alte Gründungsforderung von Attac auf und sprechen sich für die Finanztransaktionssteuer aus. Nur wenige Tage später springt auch Bundeskanzlerin Angela Merkel auf den Zug auf. Umsetzbar sei die Steuer aber nur, wenn alle G20-Staaten sie gleichzeitig einführen, meint sie. Fazit: Ein geschicktes Wahlkampfmanöver mit sperrangelweit offen stehendem Hintertürchen. Attac wird die wahlkämpfenden Politiker trotzdem beim Wort nehmen und Druck machen für die Finanztransaktionssteuer – global oder zunächst im Euro-Raum.

15. September 2009

Ein Jahr Lehman-Pleite: Von Entwaffnung der Finanzmärkte keine Spur

Zwölf Monate sind vergangen, seit die schwelende globale Finanzkrise durch die Pleite der US-amerikanischen Bank Lehman Brothers eskaliert ist. Passiert ist seither wenig. Politik und Banken haben nicht einmal ansatzweise die notwendigen Konsequenzen gezogen, von verstärkter Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte keine Spur. All jene, die noch im vergangenen Herbst meinten, ein bisschen Regulierungsrhetorik der Bundesregierung habe Attac bereits überflüssig gemacht, sind widerlegt. Es gibt viel tun.

19. und 20. September 2009

Lateinamerika-Seminar mit Koordinator der Bank des Südens



Unter dem Motto „Continente Rebelde – Vom Süden lernen in der Krise“ geht Attac vor dem G20-Gipfel der Frage nach, ob Lösungsansätze aus Lateinamerika auch für die Menschen in Europa relevant sein können. Denn in Lateinamerika stehen längst die Regulierung der Finanzmärkte, eine Stärkung des demokratischen Staates sowie ein Vorrang der Sozialpolitik auf der Agenda vieler Regierungen. Prominenter Referent bei dem Seminar ist Pedro Paez, Koordinator der Bank des Südens.

20. bis 25. September 2009

Attac bei G20-Protesten in Pittsburgh



Aus Deutschland, Österreich, Norwegen, Italien und Kanada reisen Attac-AktivistInnen nach Pittsburgh, um sich an den G20-Protesten zu beteiligen und Kontakte

zu US-amerikanischen Bewegungen zu knüpfen – unter anderem zum Bail out People Movement. Dessen Motto: Rettet die Menschen, nicht die Banken! Den Auftakt macht ein „March for Jobs“ (Marsch für Arbeitsplätze) durch Pittsburgh, zahlreiche Demos und Aktionen folgen. Bei der G20-Gegenkonferenz „People’s Voices“ stärkt deren prominentester Redner, Nobelpreisträger Joseph Stiglitz, den Protestierenden den Rücken und ermuntert sie, Mitsprache einzufordern. Das Urteil des „People’s Tribunal“ über die G20 fällt einstimmig aus: schuldig!

24. September 2009

Attac legt Kapital an die Kette



Pünktlich zum Start des G20-Gipfels verleiht Attac seiner Forderung, Banken und Kapitalmärkte zu schrumpfen und Reichtum umzuverteilen mit einer Aufsehen erregenden Aktion Nachdruck. Vor den Augen überraschter Passanten werfen AktivistInnen rot-weiße Baustellenketten über das 15 Meter hohe Euro-Zeichen in der Frankfurter Innenstadt und legen es so an die Kette. „Statt G20: Kapital an die Kette! Umverteilung von oben nach unten – weltweit!“ steht auf dem Transparent. Denn: Statt einzelner populistischer Maßnahmen brauchen wir endlich einen grundlegenden Wandel des globalen Finanz- und Wirtschaftssystems.

24. und 25. September 2009

G20: Großer Gipfel, kleine Wirkung

Die Staats- und Regierungschefs der G20 kommen in Pittsburgh zusammen – angeblich, um Konsequenzen aus der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit den 1930er-Jahren zu ziehen. Doch die Erwartungen an den Gipfel sind selbst von offizieller Seite gering. Derweil gleichen die Bilder aus Pittsburgh erschreckend denen vom G8-Gipfel in Heiligendamm: Während sich die Politiker drinnen in Gipfeldiplomatie üben, hält ein mehrere Kilometer langer Zaun mitten durch Pittsburgh die demonstrierenden BürgerInnen auf Distanz. Die Gipfelergebnisse sind wie erwartet äußerst mager: Ein bisschen Beschneidung der Manager-Boni, ein bisschen höhere Eigenkapitalregeln für US-amerikanische Banken – das war’s.

Ausblick:

15. bis 18. Oktober 2009

3. Sozialforum in Deutschland im Wendland

Miteinander diskutieren, Alternativen entwickeln, sich vernetzen und gemeinsame Projekte verabreden – dafür steht die Sozialforenbewegung. Unter dem Motto „Global denken – lokal handeln“ lädt die Initiative Sozialforum mit Unterstützung von Attac und zahlreichen anderen Organisationen zum deutschen Sozialforum nach Hitzacker im Wendland ein. Es geht um Themen wie Umwelt, Frieden, Arbeitsplätze, Kultur und Solidarität – und die Freude am Zusammensein.
www.sfid2009.de

6. bis 8. November 2009

Attac-Herbstratschlag in Leipzig

Neben inhaltlichen Debatten und Beschlüssen stehen beim Herbstratschlag – diesmal in Leipzig – auch Wahlen für bundesweite Gremien und Haushaltsbeschlüsse an. Der Ratschlag ist die Bundesvollversammlung von Attac und damit höchstes Entscheidungsgremium. Der Ratschlag ist öffentlich; aktive Nichtmitglieder sind willkommen und dürfen mitentscheiden. Mehr Details findet ihr unter:
www.attac-netzwerk.de/das-netzwerk/gremien/ratschlag

13. bis 15. November 2009

Tagung „Die Rolle Europas in der globale Krise“ in Stuttgart

Welche Rolle spielt die Europäische Union in der globalen Krise? Diese Frage steht im Mittelpunkt der von der Attac-Arbeitsgruppe „Welthandel und WTO“ organisierten Tagung in Stuttgart. Debattiert wird über Alternativen für eine solidarische und ökologische Ausrichtung europäischer Politik, Hunger, Energieknappheit, Umweltchaos und die Folgen der Wirtschaftskrise.
www.attac-netzwerk.de/ag-welthandelwto/tagung-europa

15. November 2009

Arbeitstreffen der AG „Genug für Alle“ in Frankfurt am Main

Da vom neu gewählten Bundestag keine wirkliche Abkehr von der neoliberalen Ideologie zu erwarten ist, berät die Attac-Arbeitsgruppe „Genug für Alle“ über Positionen und Forderungen zum Thema Bedingungsloses Grundeinkommen. Untrennbar damit verbunden ist die Auseinandersetzung mit Globalen Sozialen Rechten, Mindestlohn, Infrastruktur und kostenloser öffentlicher Daseinsvorsorge.
www.attac-netzwerk.de/ag-genug-fuer-alle

30. November bis 2. Dezember 2009

Proteste in Genf gegen die WTO-Ministerkonferenz

Zehn Jahre nach Seattle ist Widerstand gegen die Welthandelsorganisation WTO so aktuell wie damals: Die von der WTO rigoros betriebene Freihandelspolitik ist eine Ursache der globalen Krise. Und geht es nach WTO-Generaldirektor Pascal Lamy, soll in Genf obendrein die wiederholt gescheiterte Doha-Runde neu belebt werden. Attac mobilisiert zu den WTO-Protesten in Genf: Auf dass die EU mit ihrer aggressiven Interessenspolitik auf breiten Widerstand stößt!
www.attac.de/themen/welthandel

7. bis 18. Dezember 2009

Aktionen zum UN-Klimagipfel in Kopenhagen

Damit beim UN-Klimagipfel mehr heraus kommt als nur heiße Luft, schließt Attac sich den Protesten vor Ort an. Attac fordert ein neues Klimaabkommen mit ganz anderen Inhalten: Umwelt- und Klimaschutz müssen endlich Vorrang erhalten vor den Profitinteressen der Großkonzerne. Dazu werden Busse nach Kopenhagen organisiert, wo zahlreiche Aktionen, Alternativprogramme und ein Gegengipfel stattfinden.
www.attac-netzwerk.de/ag-eku

23. Januar 2010

„10 Jahre Attac“: Geburtstagsparty in Frankfurt am Main



Attac Deutschland wird zehn Jahre alt – und hat allen Grund zu feiern. Die Geburtstagsparty steigt in Frankfurt am Main, eingeladen zu dem rauschenden Fest mit vielen Überraschungen sind alle MitstreiterInnen und MitgründerInnen des Netzwerkes. Nähere Informationen werden im späten Herbst bekannt gegeben.

Neues Geschäftsführungs-Tandem im Attac-Bundesbüro



Foto: Boeckheler

Das Tandem ist komplett: Stephanie Handtmann und Andreas van Baaijen führen seit September gemeinsam die Geschäfte im Bundesbüro von Attac und lösen damit die langjährige Attac-Geschäftsführerin Sabine Leidig ab.

Stephanie Handtmann ist eine Bundesbüro-Frau der ersten Stunde: Seit das Büro 2003 in Frankfurt am Main eröffnet wurde, gehört sie zum hauptamtlichen Attac-Team – zuletzt koordinierte sie bundesweite Aktionen und Kampagnen. Das Kampagnenhandwerk lernte die studierte Chinesisch-Übersetzerin bei Greenpeace. Nach einer Familienpause stieß sie dann zu Attac. Als Geschäftsführerin mit einer 30-Stunden-Woche wird Stephanie Handtmann vor allem politische Projekte begleiten und die Vernetzung innerhalb Attacs, aber auch mit anderen Organisationen vorantreiben. „Mir geht es darum, die vielen wichtigen Projekte in Attac zu unterstützen. Gemeinsam mit einem effektiv arbeitenden Team im Bundesbüro will ich den Aktiven gute Bedingungen für ihre Arbeit schaffen – und damit die Sichtbarkeit und Wirksamkeit von Attac weiterhin hoch halten.“





Andreas van Baaijen ist „der Neue“ im Bundesbüro. Vor seinem Wechsel zu Attac koordinierte er vier Jahre lang das Entwicklungspolitische Netzwerk Hessen (EPN Hessen), davor war er beim Informationsbüro Nicaragua in Wuppertal zuständig für Projektkoordination, Finanzen und Öffentlichkeitsarbeit. Seine erste politische Heimat fand der heute 43-Jährige in den Friedens- und Solidaritätsbewegungen der 1980er-Jahre. Zuletzt engagierte er sich in der BUKO. Im Attac-Bundesbüro kümmert sich der 43-Jährige nun 20 Stunden pro Woche vor allem um Finanzen und Personalentwicklung. „Wenn man wie ich aus der Arbeit in einer NGO kommt, spürt man den Bewegungswind im Attac-Netzwerk umso deutlicher, das motiviert mich zusätzlich“, sagt er. „Ich will mit meiner Arbeit dazu beitragen, dass alle im und um das Bundesbüro herum gut arbeiten können und möglichst zufrieden sind.“

Frauke Distelrath

Sabine Leidig: Aufbruch zu neuen Ufern

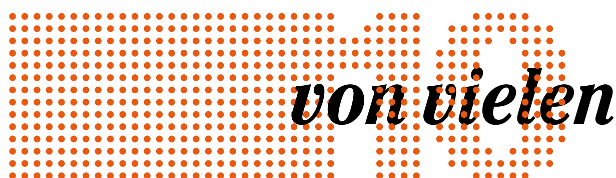


Sieben Jahre lang hat sich Sabine Leidig als Geschäftsführerin für Attac engagiert, das Bundesbüro in der Bankenstadt Frankfurt maßgeblich mit aufgebaut, die globalisierungskritische Bewegung den Menschen in zahlreichen Vorträgen im ganzen Land nahe gebracht, wichtige Attac-Veranstaltungen wie die alljährliche Sommerakademie auf den Weg gebracht und tatkräftig begleitet, erfolgreich Spenden geworben, über die Attac-Finanzen gewacht und den Haushalt mit aufgestellt. Nun bricht die 48-Jährige zu neuen Ufern auf – allerdings ohne die Brücken hinter sich ganz abzureißen. Im April ist sie von der Partei Die Linke zur hessischen Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl nominiert worden. Am 27. September ist Sabine in den Bundestag gewählt worden. Die Entscheidung in die Parteipolitik zu wechseln, sei ihr nicht leicht gefallen, erzählt sie. Der Erfolg von Attac sei und bleibe ihr ein Herzensanliegen. Aber sie habe noch einmal etwas Neues wagen, mehr selbst Politik gestalten wollen. „Mit Sabine verbinden uns viele Jahre erfolgreiche Attac-Arbeit. Wir wünschen ihr alles Gute – und sind uns sicher, dass sie auch weiterhin der globalisierungskritischen Bewegung verbunden bleiben wird“, sagt Jutta Sundermann vom Attac-Koordinierungskreis.

10 Jahre Attac Deutschland

Große Jubiläumsfeier am 23. Januar 2010 in Frankfurt am Main

Die Jahre 1997 und 1998 markieren die ökonomische und politische Zeugung einer globalen Bewegung: Attac. In diesen Jahren verursachten Spekulationen auf den Finanzmärkten die bis dato größte Finanz- und Wirtschaftskrise seit den 1930er-Jahren. Sie ruinierte die so hoch gepriesenen Tigerstaaten in Südostasien mit weit reichenden Auswirkungen auf Wirtschaft und Bevölkerung. Diese Entwicklung demonstrierte eindrucksvoll die Macht der Finanzmärkte und das Fehlen alternativer Politikvorstellungen.











Für eine Hand voll entwicklungspolitischer NGOs war fortan das Ziel, genau dieses Vakuum zu füllen.
Anfang Dezember 1999 scheiterte für viele überraschend und spektakulär die WTO-Ministerkonferenz in Seattle, USA. Zehntausende StahlarbeiterInnen, UmweltschützerInnen, GewerkschafterInnen, entwicklungspolitische NGOs und Unorganisierte blockierten mit vielfältigen Aktionen den Konferenzort. Die Regierenden und UnterhändlerInnen schafften es größtenteils nicht ins Konferenzgebäude. Die Legitimationskrise der WTO trat deutlicher zu Tage als je zuvor. Die Aktionen lenkten die globale mediale Aufmerksamkeit auf die ungelösten Fragen der Globalisierung.
Diese beiden Ereignisse führten zur Geburt von Attac in Deutschland. Am 22. Januar 2000 versammelten sich rund 120 Personen, darunter 50 NGOs, in Frankfurt am Main zum Ratschlag „Für eine Regulierung der Finanzmärkte“. Ein Impulsreferat zu den Entwicklungen auf den Finanzmärkten von Peter Wahl und ein Erfahrungsbericht von Christophe Ventura über die noch junge Attac-Bewegung in Frankreich stimmten die Anwesenden darauf ein, eine Kampagne zur Regulierung der Finanzmärkte zu starten.
Eine Broschüre sollte erstellt, Aktionsideen sollten entwickelt und weitere MitstreiterInnen gewonnen werden. Um die organisatorischen Herausforderungen zu meistern, wurde ein Koordinierungskreis ins Leben gerufen. Die Versammlung beschloss zentrale Forderungen: die Einführung einer Spekulationssteuer (Tobinsteuer), die Schließung der Steueroasen sowie das Verbot hochspekulativer Einrichtungen und Finanzinstrumente wie Hedgefonds und bestimmte Derivate.
Für nicht wenige der TeilnehmerInnen war es das „intensivste politische Treffen“ in ihrer bis dato durchaus ereignisreichen politischen Geschichte.
Niemand ahnte damals wirklich, welchen Weg das „Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte“ gehen würde.
Politisch haben wir in der Zeit viel erreicht. Wir haben es geschafft, globalisierungskritische Themen überhaupt in die Diskussion zu bringen: Dass der Neoliberalismus nicht mehr als alternativlos gilt, dass Privatisierungen abgelehnt werden, dass die Fassade der Welthandelsorganisation bröckelt, dass Finanztransaktionssteuern gefordert werden und eine stärkere Kontrolle der Finanzmärkte als notwendig gilt, das ist auch unser Verdienst.
Gründe zu feiern gibt es folglich genug. Und wir werden feiern! Am 23. Januar 2010 ab 14 Uhr in der Brotfabrik in Frankfurt am Main mit vielen Gästen und schönem Programm. Alle Informationen rund um unser Fest finden sich in Kürze unter:
www.attac.de/10-von-vielen

Wir freuen uns auf Dich!

Astrid Schaffert

Attac vor Ort:

Wenn Sie Interesse haben, selbst aktiv zu werden, klinken Sie sich doch bei einer der etwa 200 lokalen Attac-Gruppen oder bei einer der bundesweiten Arbeits- und Projektgruppen ein.
Die jeweiligen Kontaktadressen finden Sie im Internet unter „Mitmachen“.
Sie können sie auch in unserer Zentrale telefonisch erfragen unter:
069–900 281–10

Auf zum Herbstratschlag

Der diesjährige Herbstratschlag, das große Basistreffen und wichtigste Gremium von Attac, findet vom 6. bis 8. November in der Waldorfschule in Leipzig statt.
Der kommende Ratschlag wird sich vor allem der Analyse der politischen Lage nach der Bundestagswahl widmen. Ausgehend von der bisherigen Krisenpolitik der Regierung ist für 2010 eine Welle des Sozialabbaus zu befürchten. Was bedeutet das für Attac? Wir beraten über unsere Strategien für die folgenden Monate und machen die wichtigsten politischen Anknüpfungspunkte ausfindig. Wie auf jedem Herbstratschlag stehen außerdem die Anträge aus den Gruppen, Wahlen sowie die Abstimmung über den Haushalt auf der Tagesordnung.
Details unter:
www.attac-netzwerk.de/das-netzwerk/gremien/ratschlag

Aus dem Attac-Shop



Als Begleitband zur Fotoausstellung, die am 21. September in Dortmund eröffnet wurde und die nicht nur in diesem, sondern auch noch im nächsten Jahr auf Wanderschaft gehen wird, erschien jetzt:

Silke Ötsch und Celia Di Pauli (Hg.): Räume der Offshore-Welt. Steueroasen und Offshore-Zentren in Europa [2912]

Die Steuerflucht- und Finanzbranche präsentiert Steueroasen und die Offshore-Welt als sonnige abgelegene Inseln, Orte der Freiheit, Häfen der Diskretion für mobiles, flüchtiges und sauberes Kapital. Die Kehrseite der Offshore-Ökonomie ist ausgeklammert: die Umgehung der Finanzmarktregulierung und hohe Steuerausfälle, die VerbraucherInnen und Lohnsteuerpflichtige kompensieren müssen.
In diesem Buch werden Fotos der konkreten Orte der Offshore-Welt gezeigt. Denn die Realität sieht weit weniger paradiesisch aus und sie ist viel näher als man denkt: Steueroasen sind Ansammlungen von Briefkästen und Scheinfirmen, eine Welt von diskreten BeraterInnen in Finanzsümpfen wie Luxemburg, Österreich, Irland, Schweiz, Jersey oder die Offshore-Zentren in London. ExpertInnen vermitteln begleitend zu den Fotos Hintergründe zum Phänomen der Steuer- und Regulierungsoase: Was ist der (Un)sinn einer Steueroase? Wann und warum sind Steueroasen entstanden? Welche Auswirkungen haben Steueroasen auf Entwicklungsländer? Was haben sie mit der Finanzkrise zu tun? Warum ist Deutschland ein Niedrigsteuerland und warum ist Österreich eine Steueroase? Wie können sie abgeschafft werden?
Mit Beiträgen von: Christian Chavagneux, Richard Murphy & Ronen Palan; John Christensen; Klemens Himpele & Sybille Pirklbauer; Detlev von Larcher; Andreas Missbach; Silke Ötsch; Celia Di Pauli sowie der Verdi-Abteilung Wirtschaftspolitik.
Mit dem Band und der Ausstellung haben die HerausgeberInnen und die Attac-AG Finanzmärkte und Steuern ein tolles Projekt fertiggestellt. Einige Ausstellungstermine stehen bereits fest:
21. September bis 15. Oktober 2009 Dortmund, Reinoldinum
25. Oktober bis 10. November 2009 Mödling-Guntramsdorf (AT)
03. November bis 01. Dezember 2009 Oldenburg
20. November bis 19. Dezember 2009 Eisenstadt (AT)
07. Januar bis 20. Januar 2010 Graz (AT)
01. Februar bis 29. Februar 2010 Lindau
März 2010 Stuttgart
April 2010 Neuss
15. Juni bis 15. Juli 2010 Erlangen
Juli 2010 Berlin (bei Verdi).











Außerdem wird die Ausstellung in Fürth, Heilbronn, Bodenseekreis, Heidenheim, Innsbruck, Wien, Leonberg, Dresden, Berlin-Zehlendorf und im Rheinisch-Bergischen Kreis gezeigt. Mehr Informationen und die jeweils aktuellen Termine finden sich im Netz unter: www.attac.de/steueroasenausstellung

Der schön gestaltete Band zur Ausstellung hat 152 Seiten und kann im Shop für 9,50 Euro bestellt werden.

wie bestellen?

Bestellt werden kann im Attac-Shop unter:
www.attac.de/shop
aber auch telefonisch unter:
069–900 281–10
per Fax an:
069–900 281–99
oder per E-Mail an:
info@attac.de

Bitte, so vorhanden,
die [Bestellnummer] angeben.

Impressum

Attac Trägerverein e. V.
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069–900 281–10
Fax: 069–900 281–99
E-Mail:
info@attac.de
www.attac.de
Produktion:
Attac Trägerverein e. V.
Redaktion:
Jule Axmann, Lena Bröckl,
Frauke Distelrath, Alexis Passadakis,
Gabriele Rohmann, Roland Süß
V.i.S.d.P.:
Gabriele Rohmann

Hinweis zur Datenverarbeitung bei Attac

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert. Die Daten werden den Regionalgruppen von Attac für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht; eine Weitergabe an Dritte erfolgt nicht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:
Tel.: 069–900 281–10
oder per mail an:
info@attac.de

Die Verhältnisse rocken

Musik-Sampler zum Attac-Jubiläum



„Die Verhältnisse rocken" ist der Titel einer CD, die anlässlich des 10. Attac-Geburtstags Mitte November erscheinen wird. 15 Songs legten uns Musikerinnen und Musiker schon großzügig auf den Geburtstagsgabentisch. Spillsbury, Jan Delay, Madsen, Irie Révoltés, Sportfreunde Stiller, Miss Platnum, Bela B, Donots, Bernadette La Hengst, Chumbawamba, Die Sterne, LéOparleur, Rainer von Vielen, BAP und New Model Army rocken mit uns die Verhältnisse: der Soundtrack zur Veränderung. Bald im Laden um die Ecke und natürlich auch im Attac-Shop!

„10 von Vielen" wird auch der Titel eines Buches sein, in dem wir die Attac-Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft aus vielen verschiedenen, gelegentlich auch ungewöhnlichen Blickwinkeln unter die Lupe nehmen. Viele AktivistInnen und Attacies der ersten Stunde kommen zu Wort, wir erinnern an viele schöne Aktionen, wir werfen Blicke in die Zukunft. Seid gespannt auf das, was Euch ab Anfang Dezember erwarten wird!

Und zum Schluss richten wir noch einen Geburtstagswunsch an alle, die Attac etwas schenken wollen, aber noch keine Geschenkidee haben: Ob Attac-Gruppe, AG, Gremium oder einfach ein paar Attacies – schenkt Attac doch eine Aktion zum Geburtstag! Ob Infotische zur Regulierung der Finanzmärkte, die Abschaltung der Stromversorgung der Frankfurter Börse, ein Besuch beim lokalen Energieversorger oder Ermunterungsaktionen zu wirksamem Klimaschutz: Lasst uns in allen Regionen der Republik den Monat Februar zu einem Aktionsfeuerwerk machen! Denn eins ist klar: Uns gibt es jetzt seit zehn Jahren. Uns wird es aber noch viele weitere Jahre geben. Und es steht zu befürchten: auch geben müssen!

Sorry, Christoph Weimann,

wir bedauern sehr, dass Ihr Bild vom McPlanet-Kongress auf Seite 6 unseres Rundbriefs 03/09 ohne Ihr Wissen und ohne Ihren Namen abgedruckt wurde. Wir waren davon ausgegangen, die Bildverwertungsrechte seien geklärt gewesen. Waren sie nicht. Dafür möchten wir uns nochmals entschuldigen.

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit. Tel. 069–900 281–10 oder per E-Mail an: info@attac.de

Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!

Was passiert jetzt nach der Wahl?

Wir schauen ganz genau hin!



Foto: Fiona Krakenbürger

Nun liegt es hinter uns, das große Wahlkampfgetöse, das vor allem dem Zweck diente, die Frage zu vernebeln: Wer wird nach der Wahl für die Krise zahlen müssen? Alle vermeintlich in Frage kommenden künftigen Regierungsparteien hüllten sich darüber in wenig vornehmes Schweigen.

Wir wissen warum! Es zeichnet sich ab, wie die Zeche für die Exzesse des globalen Finanzmarktcasinos bezahlt werden soll: Massiver Stellenabbau, Sozialkürzungen, Erhöhung der Mehrwertsteuer, weniger Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen und weitere Privatisierungen öffentlichen Eigentums sind nur einige der Punkte auf der „Liste der Grausamkeiten“, die uns jetzt nach der Wahl voraussichtlich erwartet.

In vielen Städten mischten sich Attacies mit Aktionen auf Wahlkampfveranstaltungen ein und brachten so die öffentliche Diskussion in Gang. Im Rahmen einer Online-Aktion wurden unangenehme Fragen gestellt: Rund 700.000 Mails wurden an die Bundestagsabgeordneten verschickt, in denen sie aufgefordert wurden, klar Stellung zu beziehen. Wir forderten von allen Parteien im Wahlkampf, endlich die Karten auf den Tisch zu legen: Wer soll die Kosten der Krise übernehmen?

Jetzt gilt es, nicht nachzulassen. Die Zeit nach der Bundestagswahl müssen wir nutzen, um die öffentliche Diskussion mitzubestimmen, um unseren Positionen Gehör zu verschaffen. **Unterstützt uns dabei!** Wir werden auch und gerade der neuen Regierung genau auf die Finger schauen und einfordern, dass die Krisenlasten von den stärksten, nicht von den schwächsten Schultern gestemmt werden. Die Profiteure der Finanzmärkte sollen zahlen!

Foto: Attac Vogtland



Gerade jetzt fordern wir nachdrücklich die Einführung einer Finanztransaktionssteuer – den Lippenbekenntnissen des Wahlkampfs müssen Taten folgen! Weitere Maßnahmen wie die konsequente Schließung von Steueroasen, eine globale Finanzmarktaufsicht und eine globale Vermögenssteuer sind wichtige Schritte auf dem Weg aus der Krise. **Helft uns dabei, unsere Alternativen in die öffentliche Diskussion zu bringen!** Veranstaltungen, Materialien und Aktionen kosten Geld – eine Spende mit Hilfe des unten angehängten Überweisungsträgers hilft, sie zu finanzieren.

Vielen Dank!